

Presseinformation 27.01.2012

Vor Ort: Jugendsozialarbeit präventiv gegen Rechts

BAG EJSA begrüßt Initiative der Bundesregierung und weist auf die notwendige Arbeit vor Ort hin

Stuttgart, 27.01.2012: „Wenn wir wirklich nachhaltig gegen rechte Gewalt vorgehen wollen, müssen wir dort sein, wo die jungen Menschen sind: vor Ort in den Kommunen. Hier kann viel dafür getan werden, dass Jugendliche erst gar nicht in die rechte Szene abwandern“, sagte Michael Fähndrich, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA), anlässlich des Spitzengesprächs gegen Rechtsextremismus, zu dem die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christina Schröder und der Bundesminister des Inneren Dr. Hans-Peter Friedrich am 24. Januar Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, gesellschaftlichen Organisationen sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften eingeladen hatten.

Dass Dr. Christina Schröder, deren Ministerium jährlich allein 24 Millionen Euro zur Prävention gegen Rechtsextremismus ausgibt, bei dem Treffen die Bedeutung der präventiven Arbeit betonte und die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern stärken will, wird von der BAG EJSA sehr begrüßt. Das bereits vorhandene Wissen und die Kompetenzen im Kampf gegen den Rechtsextremismus in einem bundesweiten Informations- und Kompetenzzentrum zu bündeln sei ein hilfreicher Schritt für die Arbeit gegen Rechts, so Michael Fähndrich. Dabei dürfe es aber nicht bleiben. Entscheidend sei das, was vor Ort getan werde. Die Jugendsozialarbeit könne dazu zwar umfangreiche und vielfältige Erfahrungen aus Projekten für Demokratie, Toleranz und Vielfalt und gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung vorweisen (siehe z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit: Aktiv gegen Intoleranz und Diskriminierung - Projekte aus der evangelischen Jugendsozialarbeit, Materialheft 2/2005), die für die weitere präventive Arbeit genutzt werden könnten. „Aber Jugendliche brauchen eigentlich keine Projekte“, so Michael Fähndrich, „sondern ein flächendeckendes, verlässliches kommunales Angebot mit fachlich kompetenten Personen, die ihnen dauerhafte Beziehungen bieten können. Die Frage ist, wie dies von der Bundesebene aus nachhaltig unterstützt werden kann.“

Weitergehende Informationen zu Situation von Jugendlichen in Ostdeutschland

Das Projekt „Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel - DEMO“, das die BAG EJSA gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) durchführt, befasst sich speziell mit der Situation von Jugendlichen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Diese sind durch eine hohe Abwanderung insbesondere gut ausgebildeter junger Menschen und eine wirtschaftliche Strukturschwäche geprägt. Für Jugendliche gibt es hier immer weniger Perspektiven und Angebote der Jugendhilfe. Die noch wenigen übrigen Fachkräfte vor Ort stehen daher vor großen Herausforderungen – und dies vor dem Hintergrund, dass durch projektbezogene kurz befristete Förderungen oftmals die Strukturen der Jugendhilfe aufgeweicht werden. Im Projekt DEMO (www.bagejsa.de/handlungsfelder/modellprojekte/demo) werden Einrichtungen und Träger der Jugendsozialarbeit darin unterstützt, diese Herausforderungen zu bewältigen. „Die Kommunen und die Fachkräfte vor Ort brauchen dringend unsere Unterstützung im Kampf gegen Rechts. Mit unserem Projekt DEMO wollen wir dazu einen Beitrag leisten,“ sagt Michael Fähndrich.